

# LINKS TG

Mitgliederzeitung der SP Schweiz  
181 · Ausgabe TG · April 2019



Judith Schuck

## SP Thurgau steigt mit zwölf Persönlichkeiten in die Nationalrats- wahlen 2019

Der Parteitag vom Freitag, 5. April, 2019 hatte ein dichtes Programm. Die ordentlichen Präsidiums- und Geschäftsleitungswahlen standen genauso auf der Traktandenliste wie die Jahresrechnung, die Parolenfassungen für die Abstimmungen vom 19. Mai und die Nominati-on der Nationalratswahllisten.

Die Rechnung konnte im Vorwahljahr sehr positiv abgeschlossen werden, was Kassierin Susanne Frischknecht und den beiden Revisoren Franco Bucca und Sven Frauenfelder die Präsentation von Rechnung und Revisorenbericht leicht machte.

### Neues GL-Mitglied

Bei den Wahlen für das Parteipräsidium wurde Nina Schläfli unter grossem Applaus und Dankesworten ihrer Vizepräsidentin, Edith Graf-Litscher, im Amt bestätigt. Die restlichen Geschäftsleitungsmitglieder kandidierten alle erneut, ausser Beat Schenk, welcher das Präsidium der JUSO Thurgau abgegeben hat und deshalb aus der GL zurücktritt. Sein Nachfolger bei der JUSO, Joël Reichelt aus Alterswilen wird ihm auch in die GL folgen.

Bei den Parolenfassungen präsentierte unsere Nationalrätin Edith



Julian Fitze, Co-Wahlkampfleiter und Parteisekretär

Graf-Litscher die AHV-Steuer-Vorlage (STAF). Für Edith und die SP stehen die zusätzlichen Milliarden für die AHV im Fokus der Vorlage. Zum ersten Mal soll mehr Geld in die AHV fliessen, ohne dass Leistungen gekürzt werden. Dem steht eine unbefriedigende Steuerreform gegenüber, die aber immerhin die international geächteten Steuerschlupflöcher schliesst und den Kantonen Spielraum bei der Umsetzung gibt, welche wir im Kanton Thurgau kritisch begleiten werden. Mit grosser Mehrheit folgten die Anwesenden Ediths Antrag auf die JA-Parole.

JUSO-Präsident Joël Reichelt stellte das Waffengesetz vor, welches mehr Sicherheit und längst überfällige Anpassungen am Waffenrecht bringen soll. Einstimmig tritt die SP Thurgau für dieses Gesetz ein.

Präsidentin Nina Schläfli hatte leichtes Spiel bei der kantonalen Initiative für transparente Behörden «Offen statt geheim». Sie ist zusammen mit Peter Gubser Vizepräsidentin des Initiativkomitees, die SP hat die Initiative mitlanciert und die Unterschriftensammlung tatkräftig unterstützt. Die JA-Parole wurde bei einer Gegenstimme sehr deutlich beschlossen.

### Einstimmig nominiert

Anschliessend stellten sich die Kandidierenden der Nationalratswahllisten vor. Neben der bisherigen Nationalrätin Edith Graf-Litscher kandidieren fünf überzeugende Persönlichkeiten der kantonalen Politik auf der Wahlliste «SP und Gewerkschaften».

Zum ersten Mal hat sich daneben eine Liste «SP60+» gebildet. Gestandene Politgrössen treten an, um die Anliegen der älteren Generationen zu vertreten und dafür zu kämpfen, dass sich der Linksrutsch auch bei den Wahlen im Herbst fortsetzt.

Nach der einstimmig erfolgten Nomination berichtete die Berner SP-Nationalrätin und schweizweite Wahlkampfleiterin Nadine Masshardt über die Wahlkampagne. Unter dem Motto «Wir sprechen mit den Menschen, nicht über sie» werden wir aktiv auf die Bevölkerung zugehen, ihre Anliegen aufnehmen und über die Zukunft der Schweiz diskutieren.

# Die Wahlliste «SP und Gewerkschaften»

Von Ralf Frei, Gemeinderat Frauenfeld und Mitarbeiter Sekretariat



Listenplatz 1

## EDITH GRAF-LITSCHER

Frauenfeld, bisher

Edith sitzt seit 2005 im Nationalrat und ist topmotiviert, die sozialdemokratischen Werte über eine weitere Amtsdauer in Bern einzubringen. Mit ihren Kernthemen, der Verkehrspolitik und der Digitalisierung, konnte sich die Gewerkschaftssekretärin ihre eigene Nische innerhalb des Bundesparlaments und der SP-Fraktion schaffen. Gute Infrastrukturen sind nötig, um den ÖV weiter zu stärken. Mit der technologischen Entwicklung sind sowohl die Unternehmen als auch die Politik gefordert, damit die ältere Erwerbsgeneration nicht auf dem Abstellgleis endet. Edith erkennt bei ihren Kernthemen grosse Chancen für die kommenden Jahre und hat durch ihre Vernetzung beste Voraussetzungen, diese auch zu nutzen.



Listenplatz 2

## NINA SCHLÄFLI

Kreuzlingen

Mit Nina strebt eine junge Kraft ins Bundesparlament, wo die jüngste Politgeneration massiv untervertreten ist. Als Kantonsrätin und Präsidentin der SP Thurgau hat sich die Historikerin bereits einen Namen als Sozialdemokratin mit klar linkem Profil gemacht. Für Nina ist klar, dass die Politik in der wohlhabenden Schweiz für mehr soziale Gerechtigkeit sorgen muss. Die Forcierung der Klimapolitik und der Kampf für Lohngleichheit sind nur einige der Themen, die keinen weiteren Aufschub dulden. Auch betreffend Umsetzung der Gleichstellung und die fortschreitende Umverteilung von unten nach oben stehen zukunftsweisende Entscheidungen an, die sie mit ihrer unkomplizierten und doch kämpferischen Art mitprägen will.



Listenplatz 3

## MARINA BRUGGMANN

Salmsach

Eine faire Sozial- und Gesundheitspolitik sind das Hauptanliegen von Marina, Kantonsrätin und Vize-Gemeindepräsidentin von Salmsach. Da gerade in der Gesundheitspolitik die wichtigen Weichen in Bern gestellt werden, will die Geschäftsführerin des Hospizdienstes Thurgau ihre Erfahrungen ins nationale Parlament einfließen lassen. Die aktive Familienfrau ist durch ihre Tätigkeiten weit über die Grenzen der Sozialdemokratie hinaus vernetzt und wird auch im Wahlkampf das für sie übliche hohe Engagement an den Tag legen. Beim persönlichen Austausch und ihrer zielgerichteten Lösungssuche steht bei Marina immer der Mensch im Zentrum.



Listenplatz 4

## ALEX GRANATO

Götighofen

Alex macht sich als Gewerkschafter und Kantonsrat für einige Kernthemen der Sozialdemokratie stark. Der gelernte Schreiner und heutige Gewerkschaftssekretär kennt die Alltagsprobleme der Arbeitnehmenden und kämpft für ihre Anliegen. Da die arbeitende Bevölkerung den Grossteil unserer Wirtschaft ausmacht, gilt es, ihren Bedürfnissen vermehrt Geltung zu verschaffen. In der heutigen, bewegten Zeit ist für ihn der Einsatz für LohnempfängerInnen und ihre Familien wichtiger denn je. Alex will nach Bern, um dort in Themen wie dem Arbeitsrecht, den Sozialversicherungen und den Beziehungen zum Ausland Akzente zu setzen.



Listenplatz 5

## BARBARA DÄTWYLER

Frauenfeld

Barbara ist frisch gewählte Stadträtin von Frauenfeld und will ihren breiten beruflichen und politischen Erfahrungsschatz in den Nationalrat einbringen. Als Kantonsrätin, Verbandspolitikerin und Familienfrau sind ihre Schwerpunkte gesetzt: Chancengleichheit, Vereinbarkeit von Beruf und Familie und die Förderung von Frauen in der Politik. Darüber hinaus konnte die diplomierte Pflegefachfrau als Mitglied des Initiativkomitees «Für eine starke Pflege» bereits erste Kontakte in Bern knüpfen. Obwohl das Berufsfeld der Pflegefachpersonen weiter an Bedeutung gewinnt, ist es in den eidgenössischen Räten massiv untervertreten, genauso wie Frauen oder Eltern von schulpflichtigen Kindern.



Listenplatz 6

## TURI SCHALLENBERG

Bürglen

Mit Turi stellt sich ein erfahrener und äusserst gut vernetzter Politiker zur Wahl in die grosse Kammer in Bundesbern. Dem Grossratspräsidenten 2018/19 aus Bürglen liegen in erster Linie der Chancenausgleich und die finanzielle Umverteilung am Herzen. Für seine Kernthemen bringt er als ehemaliger Amtsleiter der Sozialen Dienste Frauenfeld das perfekte Rüstzeug mit. Turi bezeichnet sich als unabhängigen Politiker. Er hat keine Verwaltungsratsmandate oder andere unbekanntes Interessenbindungen, sondern fühlt sich alleine den Thurgauerinnen und Thurgauern verpflichtet.

# «Möchten Sie eine Gerontokratie?»

Von Susanne Dschulnigg und Barbara Kern, Nationalratskandidierende

Kürzlich hat sich in der NZZ am Sonntag eine Jungpolitikerin zum Thema Politik und Alter geäussert. Dabei hat sie die Jungen zur Kandidatur für den Nationalrat ermuntert.

... und jetzt tritt im Thurgau eine Ü-60 Liste mit 6 Kandidierenden an. Ist das ein Widerspruch? Mitnichten. Mit der «Ü-60»-Liste wird ein wichtiges Wählerinnen- und Wählersegment angesprochen. Alle Kandidierenden verfügen über einen grossen Erfahrungsschatz, den sie im Wahlkampf einbringen können. Jede und jeder hat ihr/sein eigenes Profil. Und bei Wahlen zählt bekanntlich jede Stimme. Die Mottos der Kandidierenden:

■ **Susanne Dschulnigg:** Ich möchte für 5G politisieren: Gleichstellung, Gerechtigkeit, Generationen, Gesundheit, gegen Gewalt.

■ **Emil Frischknecht:** Ich möchte meinen kleinen Beitrag leisten, das Links-Grüne-Lager nach den Kantonsratswahlen in Zürich, Baselland und Luzern auch im Kanton Thurgau bei den Nationalratswahlen zu stärken.

■ **Renate Bruggmann:** Die SP setzt sich ausser für das Klima auch entscheidend für das

friedliche Zusammenleben aller in unserer Gesellschaft ein.

■ **Inge Abegglen:** Mir ist nicht egal, was wir unseren Kindern und Enkeln hinterlassen. Sei es beim Abfall, dem öffentlichen Raum und der Kulturlandschaft, dem Klima oder der AHV. Keine Generation vor uns konnte und hat so aus dem Vollen geschöpft und sich wenig bis nichts um die Auswirkungen gekümmert.

■ **Barbara Kern:** für eine Politik für Alle über die Altersgrenzen hinweg.

■ **Raimund Hipp:** Ich finde es super, wie sich die Jungen jetzt in der Klimafrage einsetzen. Ich gehöre zu einer Generation, die die Situation ja mit verursacht hat, und fühle mich verpflichtet, den Kampf um eine erträglichere Klimaerwärmung zu unterstützen. Zu unterstützen aber mit sozialer Rücksichtnahme!

Wir 60-plus-Genossinnen und -Genossen freuen uns auf dieses «Generationen-Projekt» zwischen Jung und Alt. Von der Politik welche in Bern gemacht wird, sind wir glei-



Von links: Renate Bruggmann, Inge Abegglen, Susanne Dschulnigg, Barbara Kern, Emil Frischknecht. Es fehlt: Raimund Hipp.

chermassen betroffen, es geht um unsere Gegenwart und um unsere Zukunft. Gemeinsam werden wir uns für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen sowie unserer sozialdemokratischen Errungenschaften, wie AHV und IV, einsetzen.

# Warum braucht es eine JUSO Liste?

von Joël Reichelt, Präsident JUSO Thurgau



Vier von sechs JUSO-Kandidierenden: Beat Schenk, Joël Reichelt, Fabian Binzegger, Carla Steffen.

Für uns als JUSO ist es wichtig, den jungen Leuten in diesem Kanton zu zeigen, dass Politik ein Anliegen aller Alters- und Geschlechtergruppen ist. Die vergangenen Monate haben uns gezeigt, dass die Jugend keineswegs politisch uninteressiert ist, im Gegenteil. Unser Ziel ist es also, den jungen, motivierten Leuten zu zeigen, dass Politik ein Anliegen aller Menschen ist. Aus diesem Grund ist es für uns wichtig, eine Liste zu

haben, die Geschlechter, StudentInnen sowie ArbeiterInnen berücksichtigt. Wir wollen damit aufzeigen, dass unsere Politik keine Grenzen kennt. Wir als junge motivierte Generation in diesem Kanton haben das klare Ziel vor Augen, die bürgerliche Mehrheit national endlich zu überwinden. Dazu müssen wir unsere Kräfte bündeln. Alle KandidatInnen dieser Liste haben etwas gemeinsam, wir haben diese Welt, unser Land und unseren Kanton angeschaut und gemerkt, dass es Dinge gibt, die uns stören. Und diese wollen wir ändern. Wir glauben mit dieser Liste viel erreichen zu können. Zum einen wollen wir gehört werden, aber endlich auch die Plattform haben, um uns äussern zu können. Wir wollen die vielen Menschen erreichen, die sich bis jetzt nicht dazu überwinden konnten, abzustimmen. ErstwählerInnen, die die Politik bis jetzt immer als kompliziert und «für die Erwachsenen» wahrgenommen haben. Durch unser Engagement wollen wir der SP zu einem Wahlerfolg verhelfen.

Die Kandidierenden: **Leona Wassmann**, Fachfrau Betreuung; **Beat Schenk**, Elektrosicherheitsberater; **Carla Steffen**, Studentin; **Joël Reichelt**, Zivildienst; **Sina Sophia Keller**, Fachfrau Betreuung; **Fabian Binzegger**, Stu-

## Unser politisches Engagement

Unser Programm lautet klar: Ändern, was dich stört! Was uns stört, sind zum Beispiel: geschlossene Grenzen, Rassismus und Homophobie. Uns stört, dass um der Profite willen unser Planet zerstört wird. Es stört uns, dass Frauen im Schnitt immer noch deutlicher weniger verdienen als Männer. Es stört uns, dass Leute im Überfluss leben, während andere kaum ihr täglich Brot auf den Tisch kriegen. Es stört uns, dass ohne Ende gebaut wird, während sich sehr viele die Mieten nicht mehr leisten können. Wir wollen: Eine offene und solidarische Gesellschaft, in der Arbeit, Wohnen und Essen garantiert sind. Eine Gesellschaft, in der Menschen miteinander, füreinander produzieren und nicht für Profite einzelner. Eine Gesellschaft, in der Leben nicht der Zerstörung des Planeten gleichkommt. Wir fordern die Überwindung dieses Systems, das nicht in der Lage ist, uns das zu geben. Wir fordern deshalb konkret: Einen flächendeckenden Mindest- sowie Maximallohn. Eine starke und faire Progressivsteuer ohne Schlupflöcher. Die Planung der Wirtschaft im Interesse der Gemeinschaft. Eine Zukunft also, die für alle rosig ist und nicht für einige wenige.

*Auf, auf zum Wahlkampf.*



# JA zum Öffentlichkeitsprinzip

Die von uns mitlancierte kantonale Initiative «Offenheit statt Geheimhaltung. Volksinitiative für transparente Behörden im Thurgau» kommt am 19. Mai zur Abstimmung.

Die Verfassungsinitiative fordert, dass das Öffentlichkeitsprinzip endlich auch im Kanton Thurgau eingeführt wird. Die Annahme der Initiative würde zu einem Paradigmenwechsel führen: Die Behörden dürfen heute wegen des Geheimhaltungsprinzips Einsicht in Akten verweigern, wenn nicht ein überwiegendes öffentliches Interesse ausgewiesen werden kann oder es einen gesetzlichen Auftrag zu erfüllen gilt. Bei Annahme der Initiative durch die Stimmbevölkerung wären grundsätzlich alle Akten zur Einsicht freigegeben, sofern keine öffentlichen Interessen dagegensprechen oder es sich um personenbezogene Daten handelt.

Die SP fordert schon lange mehr Transparenz in der Politik und war in den 1990er Jahren massgeblich an der Einführung des Öffentlichkeitsprinzips auf Bundesebene beteiligt. Die moderne direkte Demokratie braucht transparente und nachvollziehbare politische Prozesse, verlässliche Informationen und offene



Nina Schläfli,  
Parteipräsidentin

Behörden. Auch für viele Thurgauer Amtsstellen ist das eine Selbstverständlichkeit, aber leider längst nicht für alle. Ein Ja zur kantonalen Initiative würde die Behörden unterstützen, die heute schon transparent arbeiten, und böte in allen anderen Fällen neue Möglichkeiten zur Durchsetzung des Öffentlichkeitsprinzips.

Eine offene Kommunikation kann das Vertrauen in die Behörden und in staatliche Massnahmen stärken. Das Misstrauen gegenüber der Politik, welche durch gezielt gestreute Falschmeldungen und Verschwörungstheorien ständig wächst, wird dadurch wahrscheinlich nicht abgebaut, aber es ist zumindest ein Schritt in die richtige Richtung. Ausserdem trägt eine offene Kommunikation dem veränderten Informationsbedürfnis unserer Gesellschaft Rechnung. Wir können fast das ganze Wissen der Welt im Internet abrufen – aber die kommunale und kantonale Politik kann nicht restlos nachvollzogen werden, weil wichtige Informationen fehlen?

Die kantonale Politik hat in der Frage des Öffentlichkeitsprinzips einen weiten Weg hinter sich: Anfänglich stiess die Initiative auf eine

breite Ablehnung, inzwischen hat selbst der Grosse Rat am Mittwoch, 15. Februar 2019, mit 59 zu 50 Stimmen dem Volk die Initiative zur Annahme empfohlen, und alle Thurgauer Parteien ausser der FDP haben die JA-Parole beschlossen. Das ist bereits ein grosser Erfolg, denn es passiert bekanntermassen sehr selten, dass die rechten und konservativen Parteien auf den rot-grünen Kurs einschwenken.

An dieser Stelle möchte ich mich ganz herzlich bei allen bedanken, die für die Initiative Unterschriften sammelten oder die Initiative «Offenheit statt Geheimhaltung» anderweitig unterstützten.

Im Voraus schon ein grosses Dankeschön an alle, die sich in den nächsten Wochen am Abstimmungskampf beteiligen und an Strassenaktionen teilnehmen werden. «Offen statt geheim» ist zwar auf einem guten Weg, die Abstimmung ist aber bei weitem noch nicht gewonnen!

In allen Bezirken finden am 27. April und 4. Mai Standaktionen in den grösseren Ortschaften statt. Wer mit dabei ist, kann sich beim Sekretariat melden für Angaben zur jeweiligen Kontaktperson.